

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 33

vom 17. August 2012  
Redaktion: Katja Richardt

## Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Seit 2007 laufende Verhandlungen über Verträge mit islamischen Verbänden und Alevitischer Gemeinde erfolgreich abgeschlossen.....	2
Gut zu wissen – Vortragsreihe bei der ÖRA .....	6
Konstruktive Verhandlungen zum Fiskalpakt in Berlin .....	8

## Inneres

Feuerwehr bekommt moderne Brandsimulationsanlage .....	9
--	---

## Justiz

Neustrukturierung des Hamburger Strafvollzugs .....	10
Nordkooperation zur Sicherungsverwahrung .....	12
Hamburg beteiligt sich an bundesweitem Vollstreckungsportal.....	14

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulbehörde bestätigt Vereinbarungen des Schulfriedens.....	15
Landeszentrale für politische Bildung gibt Jahresbericht 2011 heraus.....	17

## Umwelt

Klimagutachten für Hamburg im Netz .....	18
--	----

## Sport

Rückkehr nach Deutschland: Bürgermeister Scholz würdigt die Leistungen des deutschen Olympiateams .....	19
---	----

## internationale gartenschau

Ein Beitrag der Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH (DBG) .....	20
---	----

## Internationale Bauausstellung

HOCHTIEF Solutions formart feiert Richtfest für die WaterHouses der IBA Hamburg .....	23
---	----

## Zur Information

Terminkalender .....	25
----------------------	----

14. August 2012/pr14

## **Seit 2007 laufende Verhandlungen über Verträge mit islamischen Verbänden und Alevitischer Gemeinde erfolgreich abgeschlossen**

**Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat heute gemeinsam mit Vertretern des DITIB-Landesverbandes Hamburg, der Schura – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg des Verbandes der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) sowie der Alevitischen Gemeinde Deutschland die Entwürfe der Verträge vorgestellt, die grundlegende Fragen im Verhältnis der Stadt zu den drei islamischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde regeln sollen.**

### **Vorgeschichte:**

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat bereits Verträge mit der evangelischen und der katholischen Kirche (2005) sowie der jüdischen Gemeinde (2007) abgeschlossen.

Die Vereinbarungen mit den muslimischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde stehen am Ende eines rund fünfjährigen Prozesses. Die entsprechenden Verhandlungen waren Anfang 2007 auf Initiative des damaligen Ersten Bürgermeisters Ole von Beust aufgenommen und nach der Bürgerschaftswahl 2008 vom CDU-GAL-Senat fortgesetzt worden. Gegenstand der Gespräche und des ausverhandelten Vertrages sind sowohl Aspekte der praktischen Religionsausübung muslimischer und alevitischer Bürgerinnen und Bürger Hamburg, wie religiöse Feiertage, Religionsunterricht, Bau von Gebetsstätten und Bestattungswesen, als auch Fragen der Wertgrundlagen der grundgesetzlichen Ordnung, wie der religiösen Toleranz und der religiösen Neutralität des Staates, der Nichtdiskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Glauben und religiöser und politischer Anschauungen sowie des Bekenntnisses zum staatlichen Schulwesen. Darüber hinaus ist im Rahmen der Verhandlungen der Frage der rechtlichen Einordnung islamischer Verbände als Religionsgemeinschaften nachgegangen worden - eine Frage, die für die Alevitische Gemeinde bereits seit längerem geklärt ist. Hierzu eingeholte Gutachten haben bestätigt, dass auch die drei verhandelnden islamischen Verbände als Religionsgemeinschaften anzusehen sind. Die Frage, ob sie auch die Voraussetzungen für die Verleihung der Rechte einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft erfüllen und damit einen den Kirchen vergleichbaren Rechtsstatus für sich beanspruchen könnten, war nicht Gegenstand der Verhandlungen und Begutachtungen. Öffentlich-rechtliche Befugnisse wie z. B. die Erhebung von Kirchen- und Kultussteuern sind daher auch nicht Gegenstand der vertraglichen Regelungen. Ebenso wenig sieht der Vertrag finanzielle Förderungen für die islamischen Verbände oder die Alevitische Gemeinde vor.

## Details der Vereinbarungen

Im Einzelnen enthält der Vertrag Regelungen über

- die Glaubensfreiheit der muslimischen und alevitischen Gläubigen und über die Rechtsstellung der islamischen Verbände und der alevitischen Gemeinde,
- Gemeinsame Wertgrundlagen,
- islamische und alevitische Feiertage,
- Bildungswesen,
- Hochschulausbildung,
- Religionsunterricht,
- Religiöse Betreuung in besonderen Einrichtungen,
- Rundfunkwesen,
- Gewährleistung der Vermögensrechte; Errichtung und Betrieb von Gebetsstätten und sonstigen Gemeindeeinrichtungen,
- Bestattungswesen.

Während die vertraglichen Regelungen weithin die bereits nach Verfassung und Gesetz geltenden Rechte und Pflichten der Vertragsparteien bestätigen und bekräftigen, wird die Regelung über die **Feiertage** eine konkrete Rechtsänderung nach sich ziehen: Die höchsten islamischen und alevitischen Feiertage werden danach den Status kirchlicher Feiertage, vergleichbar mit dem Buß- und Bettag, erhalten.

Die Regelung über den **Religionsunterricht** ist in enger Abstimmung mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (vormals Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche) formuliert worden und sieht eine fünfjährige Entwicklungsphase vor, in der der an den staatlichen Schulen erteilte „Religionsunterricht für alle in evangelischer Verantwortung“ in seiner Verantwortungsstruktur mit dem Ziel einer gleichberechtigten Beteiligung auch der islamischen und alevitischen Religionsgemeinschaften weiterentwickelt werden soll. Dies bedingt auch den Einsatz muslimischer und alevitischer Religionslehrerinnen und -lehrer. An dem Umstand, dass es sich um einen Unterricht an staatlichen Schulen durch entsprechend qualifiziertes Lehrpersonal handeln wird, wird sich nichts ändern.

## Bewertung der Vereinbarungen

**Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz** würdigte den erfolgreichen Abschluss der Vertragsverhandlungen als „integrationspolitischen Fortschritt“ und als „Signal der Bereitschaft zu einem kooperativen Miteinander“. Mit dem Vertrag „wollen wir grundlegende Regelungen über das Verhältnis der Stadt zu den drei islamischen Verbänden DITIB, Schura und VIKZ sowie der Alevitischen Gemeinde treffen. Wir nehmen damit die Anwesenheit des Islam und des Alevitentums als in unserer Gesellschaft gelebter Religionen zur Kenntnis. Wenn auch viele Regelungen der beiden Verträge lediglich das geltende Recht wiederholen, so wollen wir den islamischen und alevitischen Gemeinden mit der Bestätigung ihrer Rechte und Pflichten den Platz in der Mitte unserer Gesellschaft einräumen. Hierfür gibt der Vertrag ein deutliches Signal. Er bezeichnet im Übrigen den Beginn einer Kooperation und nicht ihr Ende. Er wird sich zu bewähren haben. Daran werden wir gemeinsam arbeiten müssen.“

Der Erste Bürgermeister dankte in diesem Zusammenhang besonders der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland für ihre Bereitschaft zur Fortentwicklung des Religionsunterrichts: „Es handelt sich um ein ambitioniertes Projekt. Die Erhaltung des bewährten Religionsunterrichts für alle unter den Bedingungen einer auch in religiöser Hinsicht zunehmend vielfältigen Gesellschaft ist aber für das wechselseitige Verständnis der Religionen alle Mühe wert.“ Schließlich würdigte er die Rolle der Türkischen Gemeinde Hamburg und Umgebung (TGH), mit der zeitgleich zu den Verhandlungen mit den religiösen Verbänden Gespräche geführt worden sind: „Die Gespräche mit der TGH haben uns einen erweiterten Blick auf Bedürfnisse und Haltungen der großen Gruppe türkischer und türkischstämmiger Hamburgerinnen und Hamburger ermöglicht, die sich als Muslime oder Aleviten verstehen, ohne sich einer bestimmten religiösen Gemeinschaft verbunden zu fühlen. Ohne damit einer selbstverständlich unzulässigen Vereinnahmung das Wort zu reden, hoffe ich, dass auch sie sich durch die Verträge angesprochen fühlen können.“

**Auch die Vertreter der Verbände äußerten ihre Zufriedenheit über den Abschluss der Verhandlungen.**

**Dr. Zekeriya Altug (DITIB Hamburg):** „Der Vertrag ist für uns als Zeichen einer ausdrücklichen und positiv gewollten Anerkennung der Muslime in Hamburg von historischer Bedeutung. Es ist gleichzeitig ein staatliches Bekenntnis zur Akzeptanz der Hamburger Muslime als gleichberechtigte, gleichwertige Mitbürger und Wertschätzung ihrer institutionellen Selbstbestimmung. Er macht deutlich, dass sich die Muslime in Hamburg als dauerhafter und hier verwurzelter Teil der Gesellschaft zum Wohle dieses Landes einsetzen wollen und Hamburg als ihre Heimat begreifen. Er ist ein muslimisches Bekenntnis zur Verfassung unseres Landes, zu unserer Wertegemeinschaft und zu einer von nun an gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft Hamburgs.“

Durch den Vertrag werden keine neuen Rechte geschaffen, vielmehr ist es eine Wiederholung und Zusammenfassung verfassungsrechtlich und gesetzlich garantierter Rechte und Pflichten. Aber auch dieser deklaratorische Charakter des Vertrages ist uns sehr wichtig, da es ein Novum in Deutschland darstellt, dass Muslime als institutionelle Akteure vom Staat anerkannt werden. Dies ebnet die Möglichkeit individuelle, durch das Grundgesetz garantierte Rechte, auch im Rahmen der Verfassung wahrnehmen zu können, wie z.B. beim Thema Religionsunterricht oder Bestattungswesen.

Somit wird dieser Vertrag ein Wegweiser für die Zusammenarbeit in Zukunft nicht nur in Hamburg. Der Tatsache geschuldet, dass der Islam die drittgrößte Religion in Deutschland und auch in Hamburg darstellt, war und ist dieser Vertrag mit den Muslimen zwingend erforderlich.

An dieser Stelle seien auch die Vorgängerregierungen erwähnt, die die Verhandlungen begonnen und wesentlich vorangetragen haben. Der jetzige Senat hat dieses überparteiliche und für unser Hamburg sehr wichtige Thema an gleicher Stelle weiter- und zu einem Abschluss geführt. Wir danken allen Parteien und auch zivilen Organisationen, die diese Entwicklung unterstützt haben und freuen uns, dass ein solch historischer Schritt in Hamburg stattfindet.“

**Daniel Abdin (Schura):** „Der Staatsvertrag mit den islamischen Religionsgemeinschaften SCHURA, DITIB und VIKZ ist ein wichtiger Schritt hin zur auch institutionellen Anerkennung des Islam in Deutschland. Erstmals in einem Bundesland stehen auf islamischer Seite - durch rechts- und religionswissenschaftliche Gutachten bestätigt - Religionsgemeinschaften als Vertragspartner des Staates. Diese können für sich in Anspruch nehmen, die große Mehrheit der Muslime in der Hansestadt - seien sie auch unterschiedlicher Herkunft und Sunniten wie Schiiten - zu repräsentieren.“

Damit wird es in Hamburg künftig einen gemeinsamen Religionsunterricht für alle Schülerinnen und Schüler geben, der auch von den islamischen Religionsgemeinschaften verantwortet und auch von islamischen Religionslehrern erteilt wird. Mit diesem Staatsvertrag kann Hamburg ein beispielgebendes Signal auch für andere Bundesländer geben.“

**Murat Pirildar (VIKZ):** „Wir freuen uns, dass die Freie und Hansestadt Hamburg zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik einen Staatsvertrag mit dem Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) und den anderen islamischen Religionsgemeinschaften abschließt. Er ordnet die wechselseitigen Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften und sorgt so für Rechtssicherheit und Transparenz. Die Anerkennung islamischer Feiertage, die gemeinsame Gestaltung des Religionsunterrichts sowie die Regelungen rund um die Seelsorge ermöglichen eine stärkere Partizipation muslimischer Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben. Der VIKZ ist sich der darin festgehaltenen Verpflichtungen bewusst und wird ihnen verantwortungsvoll nachkommen. Wir freuen uns über die Anerkennung als Religionsgemeinschaft und auf die damit verbundenen neuen Aufgaben.“

**Aziz Alsandemir (Alevitische Gemeinde Deutschland):** "Mit diesem Staatsvertrag schreiben wir Geschichte, zumal eine solche Anerkennung durch den Staat den Aleviten bisher in ihrem Herkunftsland, der Türkei, verwehrt wird. Der verhandelte Vertragstext wird den Bedürfnissen der in Hamburg lebenden Aleviten gerecht. Sowohl der Alevitische Religionsunterricht, als auch Alevitische Festtage sind in den Staatsvertragstext eingeflossen. Aus alevitischer Sicht verdeutlicht der Staatsvertrag, dass die gut integrierten Aleviten zu Hamburg gehören. Wir hoffen, dass dieser Vertrag auch für andere Bundesländer, insbesondere die Flächenbundesländer, als Initialzündung angesehen wird".

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen muss der Senat noch formell über die Verträge beschließen. Nach der darauf folgenden Unterzeichnung werden sie voraussichtlich im Herbst der Bürgerschaft zugeleitet. Erst mit deren Zustimmung können sie in Kraft treten.

**Diese Pressemitteilung, die beiden Verträge sowie eine Reihe von Fragen und Antworten zum Thema finden Sie unter:**

<http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/3551764/2012-08-14-sk-vertrag.html>

**Rückfragen:**

Christoph Holstein,

Senatssprecher,

☎ 040-42831 22 43

Mobil: 01702881809

Mail: [christoph.holstein@sk.hamburg.de](mailto:christoph.holstein@sk.hamburg.de)

15. August 2012/basfi15

## Gut zu wissen – Vortragsreihe bei der ÖRA

Erfahrene Juristinnen und Juristen informieren über das „Gute Recht“

Die Öffentliche Rechtsauskunft und Vergleichsstelle (ÖRA) bietet interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Mai und Juni 2012 an fünf Mittwochnachmittagen Vorträge vor allem aus dem Bereich Familienrecht an. Nach einem etwa halbstündigen Eingangsvortrag ist Zeit für allgemeine Fragen. Eine individuelle Rechtsberatung kann in diesem Rahmen nicht geleistet werden.

### Termin

29. August 2012, 17 Uhr bis 19 Uhr  
mit Mediatorin Isolde Turwitt

5. September 2012, 17 Uhr – 19 Uhr  
mit Mediatorin Isolde Turwitt

12. September 2012, 17 Uhr – 19 Uhr  
mit Rechtsanwältin Anja Borstelmann

19. September 2012, 17 Uhr – 19 Uhr  
mit Rechtsanwalt Michael Conrad

26. September 2012, 17 Uhr – 19 Uhr  
mit Rechtsanwältin Eva Proppe

10. Oktober 2012, 17 Uhr – 19 Uhr  
mit Rechtsanwältin Ines Hemme-Oels

17. Oktober 2012, 17 Uhr – 19 Uhr  
mit Rechtsanwältin Ines Hemme-Oels

### Thema

Wir werden Eltern – brauchen wir einen Ehevertrag?

Mediation – einvernehmliche Streitbeilegung – wie geht das?

Kündigung und Aufhebungsvertrag – was ist zu beachten?

Leiharbeit – besondere Rechte und Pflichten in diesem Arbeitsverhältnis

Kindesunterhalt

Meine Rechte im Minijob

Beruflicher Wiedereinstieg nach der Elternzeit

Die Vorträge finden in den Räumen der ÖRA, Dammtorstraße 14, im 2. Stock, 20354 Hamburg statt. Der Vortragsraum befindet sich in der zweiten Etage. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Teilnahme ist kostenlos. Mehr Informationen auch im Internet: [www.hamburg.de/oera](http://www.hamburg.de/oera).

### **Für Rückfragen der Medien**

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |

[pressestelle@basfi.hamburg.de](mailto:pressestelle@basfi.hamburg.de) | [www.hamburg.de/basfi](http://www.hamburg.de/basfi)

16. August 2012/basfi16

## **Konstruktive Verhandlungen zum Fiskalpakt in Berlin Kita-Gelder werden künftig nach Anzahl der Kinder unter drei Jahren verteilt**

Am heutigen Donnerstag haben sich die Bundesländer mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) darüber geeinigt, wie die Fördergelder des Bundes für den Kita-Ausbau künftig auf die Länder verteilt werden sollen. Auf Grundlage der Position der Länder wurde folgende Einigung erreicht: Die Mittel werden auf Basis der Zahl der Kinder unter drei Jahren (U 3) in den einzelnen Bundesländern verteilt. Wenn Mittel in einzelnen Ländern nicht zeitgerecht bewilligt werden können, sollen diese an die anderen Länder umverteilt werden, um dort den zusätzlichen Bedarf zu decken. Bund und Länder haben sich darauf zudem verständigt, die operativen Details dieser neuen Regelungen zügig zu erarbeiten, um diese im Rahmen der Gesetzgebung zum Fiskalpakt umzusetzen.

„Ich freue mich, dass die Verhandlungen mit dem Bund so konstruktiv verlaufen sind“, betont Sozial- und Familiensenator Detlef Scheele. „Der Ausbau der Angebote für Unter-Dreijährige gehört zu den besonders wichtigen Zukunftsaufgaben, der die frühe Förderung von Kindern ermöglicht und damit Chancengerechtigkeit schafft.“

Bund und Länder sind sich einig, den bedarfsgerechten Kita-Ausbau des Angebots für Kinder unter drei Jahren bis August 2013 zu erreichen. Das gemeinsame Ziel, insgesamt 30.000 zusätzliche Plätze zu schaffen, haben Bund und Länder während der heutigen Verhandlungen erneut bekräftigt. Zu den zusätzlichen Plätzen gehören im Übrigen auch solche Plätze, die ohne Erhaltungsmaßnahmen ansonsten wegfallen würden. Die Bedarfsprognose und der Ausbaustand der Kita-Plätze in den Ländern spielen für die Verteilung der Fördergelder hingegen keine Rolle.

### **Hintergrundinformationen**

Insgesamt stellt der Bund rund 581 Millionen Euro Fördergelder zur Verfügung, damit die Länder weitere 30.000 Kita-Plätze bis zum August 2013 schaffen können. Damit würde sich die Zahl der Kita-Plätze in Deutschland von 750.000 Plätzen auf 780.000 Plätze erhöhen. Hamburg benötigt noch etwa 1.400 Kita-Plätzen für unter dreijährige Kinder bis zum August 2013. Der Bund stellt hierfür rund 14 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Der Bund übernimmt damit zumindest die Hälfte der Investitionskosten, die restlichen Mittel muss Hamburg selbst aufbringen.

### **Für Rückfragen der Medien**

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration  
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |  
Pressestelle | Nicole Serocka  
T +49 40 428 63- 2889 |  
E-Mail [pressestelle@basfi.hamburg.de](mailto:pressestelle@basfi.hamburg.de)



14. August 2012 / bis14

## **Feuerwehr bekommt moderne Brandsimulationsanlage** **Senator Neumann: „Neubau sichert hohen Ausbildungsstand langfristig ab“**

Der Senat hat heute beschlossen, eine multifunktionale Brandsimulationsanlage auf dem Gelände der Feuerwehrrakademie in Billbrook zu errichten. Ziel ist es, eine realitätsnahe Aus- und Fortbildung für die Angehörigen von Berufsfeuerwehr und Freiwilligen Feuerwehren in Hamburg sicherzustellen. Die bisher an der Feuerwehrrakademie betriebene Brandgewöhnungsanlage ist aufgrund der jahrelangen besonderen Belastung durch große Hitze und offenes Feuer in der Substanz nicht mehr zu erhalten.

Mit dem Neubau der multifunktionalen Brandsimulationsanlage werden unterschiedliche Trainingsmöglichkeiten unter realistischen Einsatzbedingungen geschaffen. Die Anlage ermöglicht die Darstellung diverser Einsatzsituationen mit echtem Feuer und dessen Folgewirkungen und ist damit ein wichtiger Baustein in der Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen. Die Gesamtinvestitionskosten für die Brandsimulationsanlage belaufen sich auf 2,1 Mio. Euro.

**Hamburgs Innensenator Michael Neumann:** „Ich freue mich, dass mit dem Neubau der hohe Ausbildungsstand der Angehörigen unserer Berufsfeuerwehr und Freiwilligen Feuerwehren langfristig abgesichert wird und damit gewährleistet ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft auf die schnelle und professionelle Hilfe ihrer Hamburger Feuerwehr verlassen können.“

**Hintergrund:** Die Feuerwehrrakademie Hamburg vermittelt durch eine anwendungsbezogene Lehre die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse, die zur Erfüllung der Aufgaben in den feuerwehrtechnischen Laufbahnen erforderlich sind. Aufgabenschwerpunkte sind die Durchführung der Laufbahnlehrgänge sowie die Fort- und Funktionsausbildung für Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehren.

Rückfragen:

**Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: [pressestelle@bis.hamburg.de](mailto:pressestelle@bis.hamburg.de) Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde)

15. August 2012/bjg15

## Neustrukturierung des Hamburger Strafvollzugs

### Senat beschließt Konzept der Justizsenatorin

Die Neustrukturierung des Hamburger Strafvollzugs schreitet voran. Der Senat hat heute einer Vorlage von Justizsenatorin Jana Schiedek zur Neustrukturierung des Hamburger Strafvollzugs zugestimmt. Darüber wird nun die Bürgerschaft beraten.

Nach den Planungen der Justizsenatorin wird die Justizvollzugsanstalt Glasmoor in Norderstedt als Anstalt des offenen Vollzugs modernisiert und von 209 auf 250 Haftplätze ausgebaut. Die Unterbringung der Gefangenen in Gemeinschaftssälen mit bis zu acht Gefangenen wird zu Gunsten von Doppelhafräumen aufgegeben. Ein neues Hafthaus mit 108 Haftplätzen soll den seit Jahren bestehenden Engpass im offenen Vollzug auflösen. Darüber hinaus werden die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen zur Erhaltung des denkmalgeschützten Ensembles in Angriff genommen. Insgesamt sind dafür Mittel von rund 17 Millionen Euro veranschlagt.

„Der offene Vollzug wurde in Hamburg im letzten Jahrzehnt sträflich vernachlässigt. Dort werden die Gefangenen schrittweise auf ihr Leben in Freiheit vorbereitet. Erfahrungsgemäß bietet er die größten Aussichten, dass sie nicht wieder straffällig werden. Eine Bedarfsanalyse ergab, dass 250 Plätze angemessen und ausreichend sind. Demgegenüber war die vom Vorgängersenate geplante Aufstockung auf über 300 Plätze und die Verlagerung nach Fuhlsbüttel überdimensioniert, sicherheitstechnisch und fachlich bedenklich und hätte zu unverhältnismäßigen Kosten von rund 50 Millionen Euro geführt“, sagte Justizsenatorin Jana Schiedek.

Darüber hinaus wird die Teilanstalt für Frauen von Hahnöfersand in die JVA Billwerder integriert. Eines der sechs Hafthäuser wird zukünftig ausschließlich von weiblichen Gefangenen genutzt werden. Dort werden sieben Stationen mit insgesamt 102 Haftplätzen eingerichtet. Dies führt dazu, dass 123 Haftplätze im geschlossenen Vollzug abgebaut werden. Für die Umbauarbeiten sind Aufwendungen von rund 3 Millionen Euro erforderlich.

„Mit dem Umzug werden wir Betriebs- und Personalkosten in hoher sechsstelliger Höhe einsparen. Dabei sind wir uns der Herausforderungen bewusst, die mit einer Integration des Frauenvollzugs in Billwerder verbunden sind. Bei unseren Planungen konnten wir auf unsere eigenen und die Erfahrungen anderer Länder zurückgreifen. Die weiblichen Gefangenen werden von den erweiterten Arbeits- und

Qualifizierungsmöglichkeiten in Billwerder profitieren. Darüber hinaus ist die Anstalt wesentlich besser zu erreichen“, sagte Justizsenatorin Jana Schiedek.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: [pressestelle@justiz.hamburg.de](mailto:pressestelle@justiz.hamburg.de)

16.08.2012/jb16

## Nordkooperation zur Sicherungsverwahrung

### Sicherungsverwahrte aus Schleswig-Holstein sollen übergangsweise in der JVA Fuhlsbüttel untergebracht werden

Hamburg hat sich bereit erklärt, ab dem 1. Juni 2013 übergangsweise bis zu 11 Personen aus Schleswig-Holstein in der Abteilung für Sicherungsverwahrte der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel unterzubringen. Die zuständige Kieler Ministerin für Justiz, Kultur und Europa Anke Spoorendonk und die Hamburger Senatorin für Justiz und Gleichstellung Jana Schiedek haben sich auf Eckpunkte einer Zusammenarbeit verständigt. Über Einzelheiten und die Frage, ob daraus eine dauerhafte Zusammenarbeit erwächst, werden die beiden Länder in den kommenden Monaten verhandeln.

„Uns ist eine gute Nachbarschaft mit Schleswig-Holstein wichtig. Deswegen unterstützen wir unsere Nachbarn im Norden. Wir haben uns bereiterklärt, bis zu elf Sicherungsverwahrte aufzunehmen. Mit unserer Abteilung in Fuhlsbüttel sind wir gut gerüstet“, sagte **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Das Bundesverfassungsgericht hatte mit seiner Entscheidung vom 4. Mai 2011 dem Bund und den Ländern aufgegeben, bis zum 31. Mai 2013 ein „freiheitsorientiertes und therapiegerichtetes Gesamtkonzept“ zu entwickeln. Sicherungsverwahrte müssen danach deutlich besser untergebracht werden als Strafgefangene. In Schleswig-Holstein wird es nicht möglich sein, innerhalb der gesetzten Frist eine eigene Einrichtung zu bauen.

Zur Umsetzung der höchstrichterlichen Vorgaben führen die norddeutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Hamburg intensive Kooperationsgespräche. Ziel ist unter anderem ein Behandlungsverbund: „Wir wollen länderübergreifend Spezialisierungen bei den Therapien nutzen und dadurch Synergieeffekte erzielen“, sagte **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Hamburg ist mit Blick auf den 1. Juni 2013 gut vorbereitet: Bereits im vergangenen Jahr wurde eine moderne Abteilung mit drei Stationen und 31 Plätzen für Sicherungsverwahrte in Betrieb genommen. Aktuell sind 16 Plätze belegt. Sechs weitere Sicherungsverwahrte befinden sich in der Sozialtherapeutischen Anstalt in Fuhlsbüttel. Entsprechend den Vorgaben des

Bundesverfassungsgerichts genießen die Sicherungsverwahrten größere Freizügigkeiten als Strafgefangene. Die Zimmer sind mit rund 17 qm doppelt so groß wie normale Hafträume und entsprechen damit den Empfehlungen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Es sind mehr persönliche Gegenstände in den Räumen erlaubt. Die Abteilung verfügt unter anderem über Gemeinschaftsräume, Küchen und einen eigenen Außenbereich, der während der verlängerten Aufschlusszeiten grundsätzlich frei zugänglich ist.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: [pressestelle@justiz.hamburg.de](mailto:pressestelle@justiz.hamburg.de)

17. August 2012/jb17

## Hamburg beteiligt sich an bundesweitem Vollstreckungsportal

### Schuldner- und Vermögensverzeichnisse sind künftig im Internet abrufbar

Gläubiger sollen einfacher zu ihrem Recht kommen. Zu diesem Zweck richten die Länder zum 1. Januar 2013 ein bundesweites Vollstreckungsportal ein. Schuldner- und Vermögensverzeichnisse sollen künftig im Internet online abrufbar sein. Das Vollstreckungsportal wird in Nordrhein-Westfalen betrieben.

„Das künftige Verfahren wird wesentlich einfacher und schneller. Mit der länderübergreifenden Zusammenarbeit reduzieren wir zudem den Verwaltungsaufwand und sparen Kosten. Damit tragen wir dazu bei, dass die Justiz bürgerfreundlicher wird“, sagte Justizsenatorin **Jana Schiedek**.

Bisher müssen Bürgerinnen und Bürger, die eine Geldforderung haben, an eine Vielzahl von Amtsgerichten herantreten, um zu erfahren, ob ihr Schuldner noch zahlungsfähig ist. Künftig reicht eine einzige Anfrage über das Online-Portal für die Auskunft, ob der Schuldner einen sogenannten „Offenbarungseid“ abgegeben hat. Beim Offenbarungseid muss der Schuldner ein vollständiges Vermögensverzeichnis vorlegen und an Eides statt versichern, dass er es nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig erstellt hat. Verstöße dagegen sind strafbar.

Auch die Wirtschaft wird vom neuen Vollstreckungsportal erheblich profitieren. Rechtsanwälte, Banken, Versicherungen und Inkassobüros nutzen schon jetzt häufig das bisher aufwendige Auskunftsverfahren bei den Amtsgerichten.

Kontakt: Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: [pressestelle@justiz.hamburg.de](mailto:pressestelle@justiz.hamburg.de)

15. August 2012/bsb15

## **Schulbehörde bestätigt Vereinbarungen des Schulfriedens Stellungnahme zum Lehrerstellenplan**

**„Der Haushaltsplan der Schulbehörde bestätigt noch einmal, dass der Schulfrieden eingehalten wird“, sagt Behördensprecher Peter Albrecht. „Insbesondere die Planung der Lehrerstellen orientiert sich an den von allen Parteien der Bürgerschaft getroffenen Vereinbarungen. Das ist eine gute Nachricht für Hamburgs Schulen, denn es werden auch in den nächsten Jahren stetig neue kleine Klassen eingerichtet und so schrittweise die Lehrer-Schüler-Relation weiter verbessert. Hamburg investiert auch weiterhin große Summen für die Verbesserung der Schulen.“**

Entscheidend für die Stellungsweisungen an die verschiedenen Schulformen sind ausschließlich die Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie die so genannten Bedarfsgrundlagen (Lehrerstunden pro Schüler). Die Veränderungen der Stellungsweisungen von 2012 auf 2013/14 haben nichts mit der Bevorzugung einer bestimmten Schulform zu tun, sondern sind u.a. auf folgende Effekte zurückzuführen:

1. Die Schülerzahlen in den verschiedenen Schulformen haben sich geändert (zum Beispiel sinkende Schülerzahlen an Sonderschulen aufgrund der Inklusion, aber auch die Beendigung der Primarschulversuche an den Grundschulen).
2. Durch den Schulentwicklungsplan sind einige Schulen anderen Schulformen zugeordnet worden, zum Beispiel haben einige Grund- und Stadtteilschulen zusammen eine neue Schule gegründet und sind jetzt nur noch als Stadtteilschule geführt. Auch dieser Effekt führt zu veränderten Schülerzahlen in den Schulformen (Reduzierung bei Grundschulen, Zuwachs bei den Stadtteilschulen).
3. Mit der Inklusion wurden einigen Schulformen wie zum Beispiel der Stadtteilschule zusätzliche Lehrkräfte zugewiesen, weil diese auch zusätzliche Aufgaben und Schüler bekommen haben.
4. In den Grundschulen wachsen die kleinen Schulklassen weiter durch (19 Schülerinnen und Schüler in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen und 23 in allen anderen Stadtteilen). Deshalb bekommen die Grundschulen pro Schüler etwas mehr Lehrerstunden. Diese Entwicklung wird erst mit dem Schuljahr 2013/14 abgeschlossen sein. (Die Veränderung der

Bedarfsgrundlagen ist von allen Parteien der Bürgerschaft im Jahr 2010 beschlossen worden und wirkt weiter nach.

5. In den Stadtteilschulen wachsen die kleinen Schulklassen (23 Schülerinnen und Schüler in Klasse 5 und 25 in Klasse 7) langsam durch und daher bekommen die Stadtteilschulen pro Schüler etwas mehr Lehrerstunden. Diese Entwicklung wird abgeschlossen im Schuljahr 2015/16. (Die Veränderung der Bedarfsgrundlagen ist von allen Parteien der Bürgerschaft im Jahr 2010 beschlossen worden und wirkt weiter nach.)
6. Lehrkräfte in den Jahrgangsstufen 5-10 der Stadtteilschulen werden in ihrer Unterrichtsverpflichtung den Lehrkräften an den Gymnasien gleichgestellt. Diese Arbeitsentlastung führt zu einer geringfügig höheren Zahl von Lehrerstellen an den Stadtteilschulen. (Dies ist im Schulfrieden so verhandelt worden und wirkt weiter nach).

Für Rückfragen der Medien:

**Behörde für Schule und Berufsbildung**

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de),

Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)



16. August 2012/bsb16

## **Landeszentrale für politische Bildung gibt Jahresbericht 2011 heraus**

Die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg hat für das Jahr 2011 ihren Jahresbericht herausgegeben. In diesem wird sowohl die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung als auch das Wirken der 13 von der Landeszentrale anerkannten Bildungsgesellschaften vorgestellt.

So gibt der Jahresbericht auch Aufschluss darüber, welche konkreten Projekte der einzelnen Bildungsträger von der Landeszentrale gefördert worden sind.

Der Jahresbericht der Landeszentrale als der zentralen Dienstleistungs- und Serviceeinrichtung für die politische Bildung gibt einen hervorragenden Überblick über die vielfältige Palette der geförderten politischen Bildungsthemen und -projekte und unterstreicht einmal mehr, dass politische Bildung allen Teilen der Bevölkerung offen steht.

Mit ihrem äußerst umfangreichen Angebot an eigenen Veröffentlichungen und ausgewählten Fremdpublikationen hält die Landeszentrale ein in und für Hamburg einzigartiges wie hochwertiges und vielfältiges Medienangebot bereit.

Zudem bietet die Landeszentrale für politische Bildung regelmäßig eigene Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen an.

Der Jahresbericht 2011 ist kostenlos im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung, Dammtorwall 1, erhältlich. Die Öffnungszeiten des Infoladens sind von Mo- Do. 13.30 – 18.00 Uhr, Fr. 13.30 – 16.30 Uhr.

### **Für Rückfragen der Medien:**

Annika Fritzsche,

Tel. 040 / 4 28 23 48 08,

E-Mail: [annika.fritzsche@bsb.hamburg.de](mailto:annika.fritzsche@bsb.hamburg.de)

16. August 2012/bsu16

## Klimagutachten für Hamburg im Netz

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt legt flächendeckendes Bild der Klimasituation der Stadt vor

Die „Stadtklimatische Bestandsaufnahme und Bewertung für das Landschaftsprogramm Hamburg und Klimaszenario 2050“ wurde im Auftrag der BSU von der Firma GEO-NET, einem interdisziplinär arbeitendes Unternehmen im Bereich Erneuerbare Energien, Umweltmeteorologie und Umweltplanung, in enger Zusammenarbeit mit der Universität Hannover erarbeitet.

Damit liegt nun erstmalig ein flächendeckendes Bild der stadtklimatischen Situation vor. Temperatur, Durchlüftungsschneisen und Bioklima werden für eine windstille sommerliche Wetterlage exemplarisch dargestellt. Das Gutachten umfasst die Bewertung der heutigen Klimasituation in der Stadt sowie die voraussichtlichen Veränderung bis zum Jahr 2050.

Mit seinen Ergebnissen belegt das Gutachten die „doppelte“ Standortgunst Hamburgs: Zum einen fällt - aufgrund der Lage Hamburgs in der Nähe zur Nordsee mit den vorherrschenden Westwinden - die zu erwartende Temperaturerhöhung zunächst weniger hoch aus als in anderen Großstädten Deutschlands wie z. B. in Berlin oder Stuttgart. Zum anderen hat Hamburg viele Grünflächen und grüne Wohnquartiere, die helfen, Extremtemperaturen im Sommer zu vermindern. Die Vegetation trägt zu einem angenehmen kühlen Klima bei und bewirkt die Abkühlung der bebauten Bereiche. Außerdem wirken Grünflächen und Landschaftsachsen als Durchlüftungskorridore, die besonders nachts die Stadt günstig beeinflussen. Vorhandenen und künftigen Grünflächen spielen eine wichtige Rolle, um die Auswirkungen der globalen Klimaerwärmung in Hamburg auch in Zukunft zu mildern. Dies ist insbesondere für gesundheitlich gefährdete Stadtbewohner - z.B. alte Menschen, Kranke und kleine Kinder - von großer Bedeutung.

Aber auch hier werden sich bis 2050 Veränderungen vollziehen, die durch den globalen Temperaturanstieg bedingt sind. Dieser Entwicklung muss bereits heute entgegengewirkt werden. Das Gutachten gibt dazu Handlungshinweise für eine klimabewusste Stadtentwicklung, die als „Stadtklimatisches Konzept“ mit räumlichen Handlungsschwerpunkten in das Landschaftsprogramm aufgenommen werden.

Mit dem umfangreichen digitalen Kartenwerk stehen für Projekte der Stadtentwicklung und auch als Grundlage für Bebauungsplanverfahren detaillierte Informationen zur örtlichen Klimasituation zur Verfügung.

Das Gutachten ist abrufbar unter [www.hamburg.de/klima-energie/](http://www.hamburg.de/klima-energie/)

### **Kontakt:**

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Kerstin Graupner  
Tel: (040)428403249,  
[pressestelle@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsu.hamburg.de).

15.August.2012/pr15

## „Sie sind unsere Helden“

**Rückkehr nach Deutschland: Bürgermeister Scholz würdigt die Leistungen des deutschen Olympiateams**

**Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat der deutschen Olympiamannschaft nach ihrer Rückkehr nach Deutschland für die Sportbegeisterung gedankt, die die Athletinnen und Athleten während der Spiele in London ausgelöst haben. „Sie sind unsere Helden“, sagte Scholz.**

Die deutschen Athletinnen und Athleten hätten zweieinhalb Wochen lang mehr als 20 Millionen deutsche Sportlerinnen und Sportler in London repräsentiert. „Auf Schritt und Tritt, bei jedem Schwimmzug und Ruderschlag, verfolgt von Kameras und Mikrofonen. So waren 60 Millionen Deutsche im Bilde - über Erfolge und Misserfolge, über vermeintliche Helden und angebliche Enttäuschungen“, sagte Scholz bei einem Senatsempfang für das Team im Hamburger Rathaus. Zuvor hatte es am Hamburger Hafen eine Willkommensfeier mit mehreren Tausend Zuschauern gegeben. Anschließend waren Sportler, Trainer und Betreuer mit Barkassen zum Hamburger Rathaus gefahren worden.

In London habe es großen Sport gegeben, „geniale Momente und solche zum Verzweifeln. Triumphe und Tragödien. Und die großen Emotionen, die Sie im Wettkampf und danach erlebt haben, die haben wir hier in Deutschland und in Hamburg nachempfunden“, sagte Scholz. Die deutsche Olympiamannschaft habe Deutschland in London so vertreten, wie es sich unser Land nur wünschen kann.

Der Hamburger Bürgermeister erinnerte auch daran, dass die Olympischen Sommerspiele 2012 eigentlich in Hamburg stattfinden sollten. Das sei ein schöner Traum gewesen, der mit der Niederlage bei der Bewerbung im Jahr 2003 beendet wurde. Scholz betonte aber: „Für immer aufgegeben hat Hamburg – Stadt des Sports und der großen Sportevents – diesen Traum nicht. Wir haben gelernt und uns ein Aufbautraining verordnet. Senat und Bürgerschaft haben jetzt eine Dekadenstrategie zur weiteren Entwicklung des Sports in Hamburg – und einen langen Atem.“ Andererseits habe Hamburg der britischen Hauptstadt London, „unserer heimlichen großen Schwester“, die Spiele gegönnt und London habe sie „sensationell gut ausgerichtet“.

Rückfragen:

Christoph Holstein

Senatssprecher

Tel.: 040 / 428 31 22 44

Mobil: 0170 / 288 18 09

E-Fax: 040 / 4279 15 143

Mail: [Christoph.Holstein@sk.hamburg.de](mailto:Christoph.Holstein@sk.hamburg.de)

16.08.2012/igs16

## **Ein Beitrag der Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH (DBG)**

### **Ausstellerinformationstag zur igs hamburg 2013 mit extrem hoher Beteiligung**

Hamburg, 16.08. 2012 - Zum ihrem traditionellen Ausstellerinformationstag (AIT) lud die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH (DBG) am 11. August Gärtner, Landschaftsplaner und Fachleute der grünen Verbände nach Hamburg-Wilhelmsburg ein. Über 350 Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet nutzten die Gelegenheit, um sich auf Europas größter Elbinsel über den neuen Park und die Ausstellerwettbewerbe der igs 2013 zu informieren. „Moin heißt nicht Guten Morgen sondern schön“, begrüßte Jochen Sandner, Geschäftsführer der DGB, die Teilnehmer im vollbesetzten Saal des Wilhelmsburger Bürgerhauses. Und so sollte der Tag werden: begeistert für die Aussteller und Interesse weckend für junge Betriebe.

#### Grüne Kompetenz gewinnt

Karl-Heinz Plum, Präsident des Bundes Deutscher Baumschulen (BdB), freute sich wie Gastgeber Jochen Sandner über das starke Interesse der AIT-Teilnehmer an der igs 2013 in Hamburg. Es zeigt die große Verbundenheit der grünen Branche mit Bundes- und Internationalen Gartenschauen. Überraschend stellte er über Hamburg fest: „Hier ist alles extrem“. Noch nie gab es so viele Gärten mit so vielen Möglichkeiten Pflanzen zu zeigen. Noch nie haben sich im Vorfeld so viele Gartenbaubetriebe engagiert. Allein 32 Staudengärtnereien sind bereits dabei und setzen die grüne Fachkompetenz in Szene. „Machen Sie mit!“ forderte er die Zuhörer in seinem Grußwort auf. „Grün wird einen immer höheren Stellenwert bekommen.“

#### Nachhaltige Parkplanung prägt die igs 2013

Stolz auf die Tradition der drei Hamburger Gartenschauen ist Jutta Blankau, Umweltsenatorin der Hansestadt Hamburg, die eigens zur Begrüßung der Gärtner, Preisrichter und Partner der DBG und igs angereist war. Noch heute prägen die vielen Stadtparks das grüne Zentrum Hamburgs. Sie ist überzeugt, dass mit der igs 2013, die parallel zur IBA stattfinden wird, der Sprung über die Elbe gelingt. Denn die igs übernimmt bei der Neugestaltung Wilhelmsburgs eine herausragende Rolle. Der neue Park verbindet drei Siedlungsräume auf der Elbinsel und wird dauerhaft das Stadtbild verändern.

So viele Gärten wie noch nie

Eindringlich verwies der Geschäftsführer der igs, Heiner Baumgarten, darauf, wie wichtig für die zukünftige Hamburger Stadtentwicklung die Neugestaltung von Wilhelmsburg ist. Die neue Mitte des Stadtteils ist der igs Park. Baumgarten zählte die Fakten auf: Hamburg investiert auf 100 Hektar Parkfläche 70 Millionen Euro. Das touristische Highlight igs erwartet mindestens 2,5 Millionen Besucher. Wie wichtig die gartenbaulichen Wettbewerbe in Hamburg sind, zeigen die beiden Blumenhallen. Insgesamt stehen dafür großzügige 5000 qm zur Verfügung. Das Konzept der igs hamburg 2013 zeigt 80 Gärten in sieben Themenwelten. Die beeindruckende Zahl schafft ideale Bedingungen, um die ganze Breite des Gartenbaues zu präsentieren. Eine besondere Rolle wird das Thema Gesundheit und Sport auf der Gartenschau spielen, betonte Heiner Baumgarten. Mit dem Bau eines Hochseilgartens wird gerade begonnen, der Rohbau der Skaterbahn ist schon zu sehen, die Kletterhalle ist fertig. Ein absolutes Highlight wird die Gartenschaubahn werden, die für die Besucher das weiträumige Gelände bequem erschließt und spektakuläre Aussichten auf die Gärten ermöglicht.

Ein Ozean gefüllt mit Blumen

Renate Behrmann, Ausstellungsbevollmächtigte der DBG vor Ort, stellte die Pflanzungen auf den großen Freilandflächen vor. 200.000 Stauden, 8000 Rosen und 300 Sträucher sind bereits gepflanzt. Ausführlich erläuterte sie anschließend das Ausstellungskonzept der beiden Blumenhallen. Zwei Hallen werden am Haupteingang für die Wettbewerbe zur Verfügung stehen. Die große Halle weist eine Fläche von 4200 qm brutto auf, die kleine hat eine Fläche von 850 qm brutto. Das Konzept der beiden Hallen steht unter dem Motto „Sailing the seven seas“. „Der Grundaufbau der Halle für die Blumenschau ist eine ozeanische Szenerie“, beschreibt Renate Behrmann das Konzept. Sie wird spektakulär in einer blühenden Brandung mit Landungsbooten dargestellt. Hier wird der Weg aus der Welt in den Hamburger Hafen, der Weg der Exoten über die Meere zu uns gezeigt. Eine Promenade empfängt die Besucher im Eingangsbereich der großen Blumenhalle mit medialen Hörstationen, die über die Herkunft bekannter Pflanzen erzählen und berühmte Pflanzenentdecker, Kapitäne und Seeräuber vorstellen. Inmitten der Blütenwellen entsteht eine Insel. Hier befindet sich auch der i-Punkt Grün mit Fachkollegen, die den Besuchern praktischen Pflanzenrat geben. Die Insel ist mit einer Bühne ausgestattet und kann von den Ausstellern für Informationen und Veranstaltungen genutzt werden. Grüne Wände begrenzen den Bühnenraum. Rings herum breiten sich die Ausstellerflächen aus. Wellenartige Beete in verschiedenen Höhen durchziehen die gesamte Halle und bieten optimale Präsentationsflächen. Gegenüber der Promenade sind die Umrisse eines Riffs zu erkennen. Ein Balkon an der hinteren Hallenwand erlaubt den Besuchern eine Aussicht über die gesamte Ausstellungsfläche.

In der zweiten kleinen Blumenhalle gleich nebenan ist ein weiterer Präsentationsraum vorgesehen. Breite Rolltische und flexible Pflanzcontainer bieten ganz unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten – hier geht es in die hamburgische Wunderkammer. Auch das Deutsche Gartenbaumuseum aus Erfurt ist hier zu Gast. Insgesamt werden mehr als 20 wechselnde Ausstellungen in den Blumenhallen durchgeführt, für die sich die Gartenbaubetriebe ab sofort bewerben können. Die Chance, eine der

begehrten DBG-Medaillen zu gewinnen, sollte sich bei diesen attraktiven Ausstellungsbedingungen niemand entgehen lassen. Auf den Internetseiten der DBG stehen die Teilnahmebedingungen für die Wettbewerbe als Download-Dateien bereit.

<http://bundesgartenschau.de/dbg-service/fuer-aussteller/>

### In 80 Gärten um die Welt

Nach den ausführlichen Erläuterungen von Renate Behrmann zu den gärtnerischen Ausstellungen, breitete sich eine erwartungsvolle Unruhe aus. Jetzt endlich konnten die AIT-Teilnehmer mit fachkundigen Planern der igs und Kollegen der DBG das Gartenschau Gelände in Augenschein nehmen. Gut gelaunt und fachsimpelnd brachen kurz hintereinander zehn Gruppen auf, um auf verschiedenen Routen die Baustelle zu erkunden. Die Gartenbauexperten bewunderten die schon vollendeten Staudenpflanzungen in den schiffsförmigen Blumentrögen bei der Welt der Religionen. In der Welt der Bewegung führte Beate Wagner-Hauthal, Projektkoordinatorin Sport der igs, über die gerade etwas futuristisch anmutende Baustelle der Skaterbahn. Die Grünflächen für den Sport und die Blumenwiesen als gegensätzlichen Ruhepol der Natur entstehen hier im Einklang zwischen Gärtnern und der Hamburger Skaterszene. Natürlich gab es auch kritische Fragen – zum Beispiel im Taxusbereich, der auf sandigem Grund sehr trocken geworden war. Hier sorgt inzwischen eine Tröpfchenbewässerung für gesundes Wachstum. Im nächsten Jahr bringt ein Schnitt Facon und Struktur ins Grün. Noch ist nicht alles fertig. Aber es läuft nach Plan. Am Haupteingang nahe dem S-Bahnhof Wilhelmsburg sind die Gebäude fast fertig. Die Teilnehmer besichtigten auch die Innenräume der Kletterhalle, die schon in Betrieb ist. Im gesamten Gelände zeigen Stahlstelzen den Weg der Monorailbahn.

Nach drei Stunden erreichten die AIT-Teilnehmer das Restaurant im ehemaligen Wilhelmsburger Wasserwerk. Dort empfing die DBG ihre Gäste zum beliebten abendlichen Ausklang. Die sonnige Terrasse mit den großzügigen Treppen gegenüber den Wasserwelten füllte sich schnell. Alle diskutierten über die neu gewonnenen Eindrücke und waren sich absolut einig: Die igs hamburg 2013 wird alle Besucher begeistern.

Fotos und weitere Downloads vom Ausstellerinformationstag unter <http://www.igs-hamburg.de/aktuelle-pressefotos>

Rückfragen an:

Michael Langenstein, Andrea Ubben, Kerstin Feddersen

Tel. +49(0)40-226 31 98 -401/-402/-400

[presse@igs-hamburg.de](mailto:presse@igs-hamburg.de)

Pressemitteilung: Richtfest WaterHouses

## HOCHTIEF Solutions formart feiert Richtfest für die WaterHouses der IBA Hamburg

Die fünf Wohngebäude in einem Wasserbecken sind Teil der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg.

**Hamburg, 14.08.2012** – HOCHTIEF Solutions formart feiert heute das Richtfest für die WaterHouses in Hamburg: Auf Pfählen werden in einem Wasserbecken mit etwa 4 000 Quadratmeter Oberfläche fünf Wohnhäuser errichtet. Die insgesamt 34 Wohneinheiten mit Größen zwischen 55 und 130 Quadratmetern waren bereits vor dem Baustart im Juni 2011 verkauft. Die Anlage im Stadtteil Wilhelmsburg zwischen Hafen und Süderelbe ist ein Beitrag zur Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg und soll Anfang 2013 fertiggestellt sein.

Vier Gebäude des Wohnprojekts werden zu sogenannten Triplexhäusern: Sie werden jeweils in drei dreigeschossige Einfamilienhäuser mit separaten Zugängen und eigenen Wasserterrassen unterteilt. Im fünften Gebäude, dem „WaterTower“, werden auf neun Etagen 22 Eigentumswohnungen ausgebaut. Die Eingangsebene wird um einen Bootssteg erweitert. Die WaterHouses erhalten Passivhausstandard. Wärme soll aus regenerativen Energiequellen – wie natürliche Grundwasserwärme und Sonneneinstrahlung – gewonnen und bei Bedarf durch Fernwärme ergänzt werden. Dafür werden eine Geothermie-Wärmepumpenanlage und in den Fassaden Solarthermie-Elemente eingesetzt. Frischluft- und Energiezufuhr werden automatisch geregelt. Die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen - DGNB e.V. hat die WaterHouses in Gold vorzertifiziert.

**HOCHTIEF** ist einer der führenden internationalen Baudienstleister. Mit mehr als 75 000 Mitarbeitern und Umsatzerlösen von 23,28 Mrd. Euro im Geschäftsjahr 2011 ist das Unternehmen auf allen wichtigen Märkten der Welt präsent. Der Konzern deckt mit Leistungen in den Bereichen Entwicklung, Bau und Betrieb den kompletten Lebenszyklus von Infrastrukturprojekten, Immobilien und Anlagen ab. Dabei stehen vier strategische Wachstumsfelder im Fokus: die Realisierung nachhaltiger Energieinfrastruktur, die Gestaltung der Metropolen, der Ausbau moderner Verkehrsinfrastruktur sowie das Contract-Mining-Geschäft.

In Australien ist der Konzern mit der Tochter Leighton (HOCHTIEF-Anteil zirka 54 Prozent) Marktführer. In den USA – dem größten Baumarkt der Welt – ist HOCHTIEF über die Tochtergesellschaft Turner die Nummer 1 im gewerblichen Hochbau und zählt mit Flatiron zu den wichtigsten Anbietern im Verkehrswegebau.

HOCHTIEF ist wegen seines Engagements um Nachhaltigkeit seit 2006 in den Dow Jones Sustainability Indizes vertreten. Weitere Informationen unter [www.hochtief.de/presse](http://www.hochtief.de/presse).

**HOCHTIEF Solutions** bündelt das Kerngeschäft des HOCHTIEF-Konzerns in Europa und in ausgewählten Regionen weltweit. Das Unternehmen plant, entwickelt, baut, bewirtschaftet und verwaltet Immobilien und Infrastruktureinrichtungen. HOCHTIEF Solutions ist die Führungsgesellschaft der Konzern-Division Europe, die im Geschäftsjahr 2011 weltweit zirka 15 000 Mitarbeiter beschäftigte. In vielen Regionen und Geschäftsfeldern zählt das Unternehmen zu den Markt- und Innovationsführern. Weitere Informationen unter [www.hochtief-solutions.de](http://www.hochtief-solutions.de).

**formart** ist die Wohnentwicklersparte im Segment Real Estate von HOCHTIEF Solutions. Die Geschäftseinheit entwickelt, errichtet und vermarktet Wohnprojekte in Deutschland und auf ausländischen Märkten. Mit jährlich mehr als 1 000 veräußerten Immobilien an private Nutzer und institutionelle Investoren ist formart einer der führenden Wohnungsentwickler auf dem Heimatmarkt. Mehrgenerationenhäuser, städtische Wohnformen, Seniorenimmobilien und komplette Wohnquartiere zählen zum Angebot. Weitere Informationen unter [www.formart.hochtief.de](http://www.formart.hochtief.de).

**Aktuelles Bildmaterial und Visualisierungen finden Sie unter folgendem Link:**

**Link:** <http://iba-hamburg.eyebase.com>

**Pin-Code:** [yd6hfMaH](#)

**Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:**

**HOCHTIEF Solutions AG**

Gabriele Stegers Leiterin Kommunikation Real Estate Solutions

Alfredstraße 236, 45133 Essen

Tel.: 0201 824-2282, Fax: 0201 824-1728

[gabriele.stegers@hochtief.de](mailto:gabriele.stegers@hochtief.de)

**IBA Hamburg GmbH**, Kristina Hödl, Leiterin Stabsstelle Presse, [kristina.hoedl@iba-hamburg.de](mailto:kristina.hoedl@iba-hamburg.de),

Tel.: 040 / 226 227 335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse,

[anna.vietinghoff@iba-hamburg.de](mailto:anna.vietinghoff@iba-hamburg.de), Tel: 040 / 226 227 – 331 oder an [presse@iba-hamburg.de](mailto:presse@iba-hamburg.de)

**Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter:** [twitter.com/iba\\_hamburg](https://twitter.com/iba_hamburg)

**Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren?** [www.iba-hamburg.de/newsletter](http://www.iba-hamburg.de/newsletter)



## Terminkalender

Vom 20. August bis 26. August 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 20.08.2012

- 11:00** Uferstraße / Ecke Wagnerstraße  
Senator Frank Horch spricht anlässlich der **Eröffnung der „Veloroute 6“** ein Grußwort.
- 12:30** Golf & Country Club Treudelberg, Lemsahler Landstraße 45  
Senator Michael Neumann eröffnet das **1. Benefiz-Golf-Turnier zugunsten der Stiftung Leistungssport** mit einem Grußwort.
- 19:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26  
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht anlässlich des **Senatsempfangs für Gäste aus der Europäischen Union**, die zur Teilnahme an einem Deutschkurs des Goethe-Instituts in Hamburg zu Gast sind ein Grußwort.

### Dienstag, den 21.08.2012

- 15:00** Desy, Notkestraße 85  
Bürgermeister Olaf Scholz besucht im Rahmen des traditionellen **Ausflugs mit den Konsularleiterinnen und Konsularleitern** das Forschungszentrums der Helmholtz-Gemeinschaft, Deutsches Elektronen-Synchrotron – Desy.  
  
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 17:30** Rathaus, Großer Festsaal  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **Senatsempfangs anlässlich des 15-jährigen Jubiläums der Hamburger Initiative für Medien, IT und Telekommunikation, Hamburg@work**, ein Grußwort.
- 19:00** Kellertheater, Johannes-Brahms-Platz 1  
Staatsrat Michael Sachs nimmt an einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Urban Gardening in HH“ der Heinrich-Böll-Stiftung** teil.

### Mittwoch, den 22.08.2012

- 09:00** Handelskammer , Albert-Schäfer-Saal , Adolphsplatz 1  
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht anlässlich des **4. Forums „Nachhaltigkeit der Logistik-Initiative Hamburg“** ein Grußwort.
- 10:00** OxPark, Hamburg-Langenhorn  
Staatsrat Michael Sachs spricht anlässlich des **Richtfestes für das Neubauprojekt Waldquartier OxPark**.
- 10:00** Fitnessstudio ELB GYM, Gorch-Fock-Wall 3  
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **Verleihung des DEICHMANN-Förderpreises gegen Jugendarbeitslosigkeit** ein Grußwort.

- 11:30** Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik, Max-Brauer-Allee 22  
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt an einer **Schulveranstaltung im Rahmen einer Expertenanhörung zum Thema Frauenquote**, welche von der Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik veranstaltet wird, teil.
- 12:30** Mercedes-Benz Niederlassung, Friedrich-Ebert-Damm 115  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Inbetriebnahme einer Stationären Brennstoffzelle** ein Grußwort.
- 13:00** Übersee-Club, Neuer Jungfernstieg 19  
Senatorin Jutta Blankau nimmt am **Gesprächskreis der Immobilienwirtschaftlichen Verbände** teil.
- 13:30** Harburger Rathauspassage 4  
Senator Detlef Scheele eröffnet die **Kita Harburger Rathauspassage** mit einem Grußwort.
- 18:00** Hamburger Sportbund, Heidenkampsweg 58  
Senator Ties Rabe nimmt am **Hauptausschuss des Hamburger Sportbundes** teil.
- 19:30** Ohnsorg-Theater, Heidi-Kabel-Platz 1  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen am „**14. Hanse Rendezvous**“ teil.

#### Donnerstag, den 23.08.2012

- 10:00** Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20  
Senatorin Jutta Blankau eröffnet den **Kongress „Grün Macht Geld“**.
- 11:00** ETV-Sportzentrum Hoheluft, Lokstedter Steindamm 77  
Senator Michael Neumann nimmt am Empfang anlässlich des **100jährigen Geburtstages eines Ehrenmitgliedes des ETV, Hans-Hermann-Weyma**, teil.
- 11:00** Hafenumuseum, Australiastraße Kopfbau 50A  
Senator Frank Horch spricht anlässlich der **Eröffnung der Lotsenstube** ein Grußwort.
- 12:15** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen eines **Senatsfrühstücks ein Grußwort zu verfolgten jüdischen ehemaligen Hamburgerinnen und Hamburgern**.
- 14:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt die **ägyptische Generalkonsulin Hala Aboul Fath Ali El-Ghannam zum Abschiedsbesuch**.
- 16:30** Rathaus, Kaisersaal  
Senator Detlef Scheele begrüßt im Rahmen eines **Senatsempfangs Gäste zur Übergabe des Hamburger Familiensiegels** mit einem Grußwort.
- 17:30** Landeskommmando Hamburg, Reichspräsident-Ebert-Kaserne, Osdorfer Landstraße 365  
Staatsrat Volker Schiek nimmt am **Presse- und Gartenfest der Bundeswehr** teil.
- 18:00** Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht vor dem „**Freundeskreis des Museums für Völkerkunde**“.
- 18:00** Gasthaus Foerdeblick, Kanalstraße 85. Kiel-Holtenau  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht den **Jahresempfang der Medienanstalt Hamburg /**

## Schleswig-Holstein (MA HSH).

**19:30** Hotel Atlantik  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Wiedereröffnung des Hotel Atlantik** ein Grußwort.

### Freitag, den 24.08.2012

**11:00** TUHH, Gebäude A, Schwarzenbergstraße 93  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Einweihung des Hauptgebäudes der Technischen Universität Hamburg Harburg (TUHH)** ein Grußwort.

**11:30** Stüffeleck / Ecke Henseweg  
Staatsrat Michael Sachs spricht anlässlich des **Richtfestes für den Neubau der Wohnungsbaugenossenschaft Walddörfer** ein Grußwort.

**13:30** Wichern Schule, Horner Weg 164  
Senator Ties Rabe weiht die **Schulbibliothek der Wichern-Schule** ein und spricht ein Grußwort.

**14:30** Naturschutz-Informationshaus, Fischbeker Heideweg 43  
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des **25-jährigen Jubiläums des Naturschutz-Infohauses Fischbeker Heide** ein Grußwort.

**16:00** Rathaus, Großer Festsaal  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Einbürgerungsfeier** ein Grußwort.

Senator Detlef Scheele nimmt teil.

**17:00** Katharinenschule, HafenCity Hamburg  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht bei der **Hauptversammlung der Hamburger Betreuungsvereine anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Betreuungsgesetze** ein Grußwort.

### Samstag, den 25.08.2012

**09:45** Harburger Rathausplatz  
Senator Michael Neumann spricht anlässlich des **1. Turkcell Europe Cups** ein Grußwort.

**11:00** Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20  
Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet die **Tagung „Grün Macht Geld“ im Rahmen der internationalen Gartenschau 2013** mit einem Grußwort.

**13:00** Wettbewerbsplatz der FF Spadenland  
Senator Michael Neumann übernimmt die **Verleihung des 1. Hamburger Senatspokals der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg**.

### Sonntag, den 26.08.2012

**09:45** Anleger Teufelsbrück  
Bürgermeister Olaf Scholz gibt den **Startschuss zum 10. Blankeneser Heldenlauf**.